

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Emmegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Walbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breiterfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Voßler, Halber i. B. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 140

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offsetgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halber

Donnerstag, den 18. Juni

Ercheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“
„Landmanns Sonntagsblatt“ „Herd und Scholle“.
— „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Österreich bekam unerwartet englische Finanzhilfe, einen 150-Millionen-Schilling-Vorschuss auf die Schatzscheineanleihe.
- * Der unter dem Namen „Schlenkerpfeifer“ bekannte Propellerwagen Dr. Krusenbergs wird mit 220-Kilometer-Stundengeschwindigkeit eine Fahrt von Hannover über Hamburg nach Berlin unternehmen.
- * Der amerikanische Nordpolforscher Vial behauptet, daß Roald Amundsen noch am Leben sein könnte.

Wechsel auf die Zukunft.

Der Ausländer mußte wohl eine leichte Vorahnung von einem Chaos bekommen, wenn er in den letzten acht Tagen nach Deutschland blickte: Trommelfeuer auf den Gold- und Devisenmarkt der Reichsbank, ein Paniksturm an den Börsen, wo das Kursgebäude der Aktien und Rentenpapiere fast hinweggeblasen wurde, weil alles aus den deutschen Werten, die wertlos zu werden drohten, hinaus in fremde Werte und Währungen sich retten wollte. Dann raffte die große Motorspritze der Reichsbank heran, um mit einem besonders dicken Strahl der Diskonterhöhung das Feuer der Panik zu bekämpfen und andere womöglich noch blickere Wasserlöscher bereitzulegen. Und draußen, überall lohnte das nicht minder große Feuer der Erregung über die Notverordnung, vor allem aber griff die Opposition zu ein paar brennenden Scheiten, um mit ihnen das Kabinett Brüning hinauszuweisen.

Als der Kanzler von England zurückkehrte, da brannte es schon an allen Ecken und Kanten in Deutschland, und es muß für ihn eine gewaltige Nervenprobe gewesen sein, durch diese Flammen hindurchzugehen, ohne darin zu verbrennen. Denn auf die bisherigen „Freunde“ konnte er sich zum Teil wenig verlassen, auf die Parteien also, die oft auch sonst nur zögernd und unwillig, manchmal auch gar nicht die Verantwortung für seine Politik mittragen wollten und konnten. Hart waren die Zumutungen der Notverordnung an die Parteien gewesen, die rechts und links von des Kanzlers eigener Partei stehen — und selbst aus dieser heraus kamen heftige Vorwürfe. Die Deutsche Volkspartei drohte mit dem Feuersturm einer Zustimmung zur Reichstags-Einberufung, wenn Dr. Brüning sein Kabinett nicht im Sinne einer politischen Rechtsorientierung umbilden würde. Wirtschaftspartei und Landvolk traten mit dieser Zustimmung offen zur Opposition über und die Sozialdemokratie verlangte bindende Zusagen weitgehender Änderungen der Notverordnung, verlangte sie für sofort und in einer Form, die dieser Partei vor ihren Anhängern eine gewisse Rechtfertigung dafür verschaffen sollte, daß sie den Kanzler auch noch weiterhin und trotz der Verordnung nicht bloß etwa „toleriert“, sondern die Regierung auch vor dem Ansturm der Opposition von rechts und links her rettete.

Und trotz dieses parteipolitischen Fegefeuers, in das sich der Reichskanzler verseht sah, und obwohl, oder vielleicht gerade weil dahinter die revisionspolitischen Aufgaben und die schweren wirtschaftspolitischen Gefahren standen, ist Dr. Brüning von seinem Pfade nicht gewichen. Er hat es den zögernden, wankenden „Freunden“ rechts und links wirklich nicht leicht gemacht, schließlich doch noch an seine Seite zu treten. Die Deutsche Volkspartei wurde vom Reichsbankpräsidenten Dr. Luthar „bearbeitet“ und gab ihre Absicht auf, dem Antrag auf Einberufung des Reichstages zuzustimmen, weil sie nach einer Unterredung zwischen ihrem Führer und dem Kanzler nun über dessen weitere Haltung hinsichtlich der Änderungen bei der Notverordnung „beruhigt“ sei. Andererseits — das Schwerere — mußte die „Bearbeitung“ der Sozialdemokratie durch den Kanzler persönlich erfolgen. Aber über ein „grundständiges“ Verständnis, in persönlichen Verhandlungen mit den Parteien Abänderungsvorschläge durchzusprechen, sich vielleicht auch zu einigen, ging der Kanzler nicht hinaus. Was er über den formellen Weg zusagte, also, die bisherigen Verhandlungen fortzusetzen und wenn Aussicht auf eine Einigung bestehe, zu gelegener Zeit den Haushaltsausschuß einberufen zu lassen, ist doch zu wenig, um als politischer Ertrag auf die Anhänger der Sozialdemokratie zu wirken. Dieser Partei erging es daher eigentlich auch nicht viel anders, als der Deutschen Volkspartei; was sie in Händen hatte, sind — Wechsel auf die Zukunft, die vielleicht „honoriert“ werden, vielleicht auch nicht. Denn als Kriterium für die „gelegene“ Zeit kommt für Dr. Brüning nur noch die Außenpolitik, die Entwicklung der Reparations- oder vielmehr der Revisionspolitik in Frage, von der das Schicksal der deutschen Wirtschaft, Finanzen und damit des Reiches abhängt. Darum hat der Kanzler jede weitergehende Forderung der Parteien mit einem schroffen, vielleicht sogar überschroffen Nein beantwortet. Weil doch eigentlich alles zu einem politischen „Kampf um Brüning“ geworden war, stellte er diesen Kernpunkt, also sich selbst und sein Kabinett, auch ganz klar in die Mitte. Man hätte ihn zwar umwerfen, aber nicht zum Weichen, zum Nachgeben zwingen können. Auch wirkliche Freunde seiner Politik haben dieser Hartnäckigkeit, dieser absoluten Unverrückbarkeit mit teilweise starkem Kopfschütteln des Bedenkens zugehört, aber Dr. Brüning hat gefestigt.

Diese Dinge liegen hinter uns und wir Deutsche sollten den Blick nur auf das Heute und Morgen richten. Mit „Leichenreden“ ändert man, wie im Statspiel, ja doch nichts mehr. Und darum darf und soll man jetzt nur hoffen, daß Dr. Brüning jene Hartnäckigkeit und Unverrückbarkeit auch in der Weiterführung der deutschen Politik, besonders in der unser Schicksal entscheidenden Revi-

Nach der Krise

Die nächsten Schritte der Reichsregierung.

Was wird mit der Tributrevision?

Nach den Aufregungen der letzten Tage ist jetzt eine gewisse politische Entspannung eingetreten. Alle Teilnehmer des politischen Kampfes haben sich in die Ruhestellung begeben, und man will nun abwarten, welche Schritte die Reichsregierung unternehmen wird, um einmal die Versprechungen an die Parteien in die Tat umzusetzen, zum anderen eine Revision der Tributzahlungen herbeizuführen.

Über den Zeitpunkt und den

Umfang der Kabinettsumbildung

sind bestimmte Einzelheiten noch nicht bekanntgeworden. Man weiß, daß die Deutsche Volkspartei besonderen Wert darauf legt, die Leitung des Reichsaußenministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Reichsinnenministeriums neu zu besetzen, neuerdings sind auch Wünsche ausgetauscht, den Reichsarbeitsminister abberufen zu lassen. Der Reichskanzler hat es sich ausdrücklich vorbehalten, zu bestimmen, wann er sich mit neuen Mitarbeitern umgeben will. Von volksparteilicher Seite wird darauf hingewiesen, daß diese Umbesetzung des Reichskabinetts noch vor dem Beginn der Reparationsverhandlungen notwendig sei, damit den Verhandlungsgegnern eine möglichst in sich geschlossene und autoritative Reichsregierung gegenüberstehe. Den

Ausfall zu den Reparationsverhandlungen

hat bereits die Berufung der deutschen Botschafter in Paris, Rom und New York gegeben, die die Reichsregierung auf das genaueste über die Stimmung unterrichten sollen, die in den betreffenden Ländern bezüglich der Tributrevision herrscht. Man will allerdings in Berliner Regierungskreisen zunächst noch die Ankunft des amerikanischen Staatssekretärs des Äußern, Stimson, abwarten, bevor man endgültige Beschlüsse faßt. Da Stimson erst Anfang Juli in Berlin eintrifft, dürfte vor diesem Zeitpunkt kaum ein Schritt der Reichsregierung in der Frage der Tributrevision erfolgen.

Mit Stimson hat auch der amerikanische Schatzsekretär Mellon die Reise nach Europa angetreten. Mellon befindet sich gegenwärtig in London, wo er etwa eine Woche bleiben wird. Er betonte, daß sein Besuch in Europa rein persönlichen Charakter trage, doch will der gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des der englischen Regierung nahe stehenden Blattes „Daily Herald“ wissen, daß

der Europabesuch Mellons und Stimmons

erfolge, weil Präsident Hoover überzeugt sei, daß in der Kriegsschuldenangelegenheit etwas getan werden müsse, um einen für die amerikanischen Interessen nachteiligen finanziellen Zusammenbruch zu verhindern. Er erwäge daher den Plan, daß die Zahlungen auf die Dauer von zwei Jahren ein-

stonsfrage, beweist. Dann wird es gewiß kein Kopfschütteln des Bedenkens geben, sondern allseits nur freudig nickende Zustimmung.

Was sagt die Presse?

Unter den Stimmen der Presse, die zur Lösung der Krise Stellung nimmt, interessiert vor allem das, was die Sozialdemokratie sagt, die von Brüning unter Druck gesetzt worden ist. Der Vorwärts, das Hauptblatt der SPD, schreibt unter der großen Überschrift: „Brüning lenkt ein“ sehr vorsichtig:

„Wir werden uns also wohl hüten, den Erfolg, den die Fraktion gestern errungen hat, als einen alles wendenden Sieg hinzustellen. Wir sind damit einverstanden, wenn man diesen Erfolg im Verhältnis zu dem Erstrebenswerten als recht bescheiden bezeichnet. Auf der anderen Seite muß aber doch gesagt werden, daß erstens das gestern Erreichte ein Optimum darstellt, wie es unter entsetzlich schwierigen Umständen eben noch nicht erreicht werden konnte, und daß zweitens für weitere Kämpfe eine günstige Ausgangsstellung gewonnen worden ist.“

Die demokratische Volkszeitung ist mit dem Ausgang sehr zufrieden: Sie spricht von einem „Siege der Verantwortung“ und sagt zum Schluß ihrer Stellungnahme:

„Die Krise ist vermieden, die Möglichkeit, die angebahnten außenpolitischen Verhandlungen fortzusetzen, für geraume Zeit gesichert. Ihr Erfolg hängt zum guten Teil davon ab, in welchem Geiste das deutsche Volk den besonnenen Eifer seiner Führer begleitet.“

Das ebenfalls demokratische Berliner Tageblatt ist mit dem Kanzler unzufrieden, weil er die Sozialdemokratie in eine so schwierige Lage gebracht hat. Es mahnt den Kanzler, der SPD. doch nicht zu viel zuzutragen: und künftig etwas nachgiebiger zu sein. Das Blatt schreibt:

„Brüning ist nicht der Mann, der auf einem Trümmerhaufen seine Herrschaft errichten, auch nicht, der einen Trümmerhaufen hinter sich lassen will. Er hat vor der Geschichte die Aufgabe übernommen, mit Beharrlichkeit das Reich zu führen. Aber eine Lehre sollte sich auch für ihn ergeben. Mit Härte allein kann man nicht regieren, nur mit der Kraft, die gepaart ist mit Biegbarkeit.“

Die Germania, das Blatt des Kanzlers, stellt in ihrer Betrachtung zunächst die Frage, ob diese Krise überhaupt nötig war. Sie gibt durch ein Lob der Sozialdemokratie etwas Trost für die bittren Stunden, die Brüning der SPD. bereitet hat, und sagt schließlich:

„Wir wollen im Hinblick auf die nun beendete schwere Krise nicht davon sprechen, daß Reichskanzler Brüning, dessen sichere und starke Führung nach wie vor von dem Vertrauen aller Einsichtigen getragen ist, einen entscheidenden Erfolg davongetragen hat. Wir wünschen ihm, der sich in den letzten Tagen mit eiserner Ruhe über das Menschenmögliche abgemüht hat, inständig, daß er — im Interesse unseres Volkes — nicht wieder in die Lage versetzt wird, solche Erfolge auf Tod und Leben Deutschlands erzwingen zu müssen.“

gestellt würden. Dieser Plan unterscheidet sich erheblich von dem Young-Zahlungsausschub, denn er beziehe sich auf die ganze Summe und nicht nur auf einen Teil. Er bedeute auch, daß eine Zahlung der aufgelaufenen gestundeten Summen nicht zu erfolgen habe. Hoover wolle sich durch Mellon und Stimson darüber unterrichten lassen, ob ein derartiger Schritt wirklich notwendig sei. Es sei auch damit zu rechnen, daß der Präsident für alle beteiligten europäischen Staaten

eine drastische Herabsetzung der Rüstungen

zur Bedingung machen werde, um sicherzustellen, daß sie nach Ablauf der zwei Jahre in der Lage seien, ihre Zahlungen wieder aufzunehmen.

Auch bezüglich der

Einberufung des Haushaltsausschusses,

in dem über eine Linderung der Notverordnung beraten werden soll, ist noch kein Termin festgelegt worden. Nach Mitteilung von sozialdemokratischer Seite soll sich der Reichskanzler damit einverstanden erklärt haben, daß die Jugendlichen, die nach der neuen Notverordnung aus der Erwerbslosenversicherung herausgenommen werden, die Krisenunterstützung nach Prüfung der Bedürftigkeit erhalten sollen und daß ferner die Gemeindeglieder vor doppelter Belastung geschützt werden sollten. Wie lange die innenpolitische Entspannung anhalten wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls mehrten sich nach wie vor die Proteste gegen die neue Notverordnung von wirtschaftlichen und politischen Organisationen, und die Zeit wird lehren, ob diese Proteste ganz unverhüllt bleiben werden.

Der Transferaufschub.

Botschafterbesprechungen in Berlin über die Tributfrage.

Die seit längerer Zeit vorgesehenen Botschafterbesprechungen mit den Vertretern des Reiches in Paris, in Rom und in Washington haben begonnen. Botschafter von Schubert ist bereits in Berlin, Herr von Höpff wird aus Paris erwartet. Mit dem Eintreffen des Washingtoner Botschafters Freiherrn von Prittwitz und Gaffron rechnet man für Ende dieser Woche. Die Anwesenheit des Moskauer Botschafters von Dirden in Berlin dürfte schließlich mit der Verlängerung des Berliner Vertrages zwischen dem Reich und der Sowjetunion zu tun haben, während die Besprechungen mit den übrigen Diplomaten der Tributfrage gelten.

Es handelt sich hierbei in erster Linie um den Zeitpunkt für die Erklärung des Transferaufschubes. In den Besprechungen mit der englischen Regierung in Chequers ist hierfür der 15. August in Aussicht genommen worden, zumal von englischer Seite empfohlen wurde, den Besuch Stimmons abzuwarten, der sich für die zweite Julihälfte in Berlin angesagt hat.

In den Besprechungen mit den deutschen Diplomaten wird die Frage geprüft werden, ob die politische Gesamtlage auch eine frühere Erklärung des Transferaufschubes zuläßt. Gleichzeitig dient die Anwesenheit der Botschafter ihrer Unterrichtung über die tributpolitischen Absichten der Reichsregierung.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die der Deutschen Volkspartei nahe steht, kann sich mit der Wendung der Volkspartei noch nicht abfinden. Das Blatt klagt: „Die Partei hat innerhalb weniger Tage ihre Haltung geändert. Warum? Die offiziöse Erklärung, die darüber ausgegeben wurde, verdient keine gute Note. Sie enthält Wünsche, Meinungen, Behauptungen und Ideen, aber keine positiven Angaben über das, was in den Verhandlungen mit dem Reichskanzler erreicht worden ist. Sie hätten zu einem „vollen Einvernehmen“ geführt? Wir sind sehr neugierig, wie sich dieses „Einvernehmen“ in den nächsten Tagen auswirkt und geschehen aufrichtig ein, daß unsere Hoffnungen außerordentlich gering sind.“

Der rechtsstehende Berliner Totalanzeiger glaubt nicht, daß Brüning mit seinem Siege über die Parteien auch die Aussicht auf Rettung gewonnen habe. Er schreibt: „Die Angst vor Neuwahlen hat Herrn Brüning noch einmal Sieger werden lassen. Ob er dieses Sieges recht froh werden wird, wagen wir zu bezweifeln, da er alsbald wird erkennen müssen, daß auch die neue Notverordnung ein völlig untaugliches Mittel zur Rettung von Volk und Wirtschaft darstellt.“

Die agrarische Deutsche Tageszeitung gibt dem Kanzler ebenfalls nicht viel Erfolgsaussichten und mahnt: „Die Regierung möge vor allem darauf bedacht sein, daß sie sich frei macht von dem Druck der Sozialdemokratie und mehr bedacht ist auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den nationalen Kreisen. Andernfalls kommt in wenigen Monaten, ja vielleicht schon in Wochen die Krise in vollem Umfange zum Ausbruch. Dann aber kann sie leicht mit einer Katastrophe für den ganzen Staat enden.“

Die nationalsozialistische Tageszeitung Roter Adler schreibt: „Man kann das Ergebnis der Beratungen des Arbeitsausschusses des Reichstages am besten in die Worte zusammenfassen: Brüning drohte, und alle, alle fielen um! Nun müssen wir immer noch tiefer sinken, ehe die doch unvermeidliche Umkehr im Zeichen der Führung der nationalen Opposition kommt.“

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Neue Tumulte im Braunschweigischen Landtag.

Der Braunschweigische Landtag setzte die Beratung über den Dringlichkeitsantrag der Nationalsozialisten fort, bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Notverordnung zu verlangen. Von der Fraktion der bürgerlichen Einheitsliste war dazu ein Antrag eingebracht, den Reichspräsidenten selbst zu ersuchen, für die Aufhebung der Notverordnung einzutreten und zu verlangen, daß die Reichsregierung eine Milderung im Interesse der arbeitenden Klassen vornehme. Es sprachen

Krisenverschärfung in Rußland.

Von Prof. Dr. Kurt Ritter, Berlin.

Seit Rußland wieder mit großen Agrarproduktenmengen verschickener Art auf dem Weltmarkt erscheint, hat auch das Interesse an der Gestaltung, die die landwirtschaftliche Erzeugung dort nimmt, zugenommen. Die Diskussion konzentriert sich im wesentlichen darauf, ob mit dem Gelingen des Fünfjahresplanes und mit einer weiteren Ausdehnung des agraren Exports zu rechnen ist. Zunächst wurde nämlich — wie bekannt — der Fünfjahresplan in der außerordentlichen Welt mit großer Steifigkeit angefaßt und von vielen als phantastisch beiseite geschoben. Man hielt es nicht für möglich, daß die vorgezeichnete gewaltige Ausweitung des industriellen und agraren Produktionsapparates auch nur annähernd verwirklicht werden könnte. Inzwischen haben aber die Erfahrungen gezeigt, daß der Fünfjahresplan auf industriellem Gebiete, wenn doch nicht voll und ganz, so doch weitgehend verwirklicht ist und auf agrarem Gebiete sogar jetzt schon über den Rand weit hinausgetrieben werden konnte, der ursprünglich erst für das Ende dieser Aufbauperiode, für 1932, vorgesehen war. Fast 45 Prozent der Individualwirtschaften — annähernd 11 Millionen Betriebe — sind kollektiviert. Das Streben der Machthaber im Kreml geht dahin, im laufenden Jahre eine Kollektivierung von wenigstens 50 Prozent zu erreichen. In einigen Gebieten sind jetzt schon sehr viel höhere Ziffern festzustellen; man nähert sich besonders im Süden immer mehr einer fast hundertprozentigen Kollektivierung.

Indessen darf man die landwirtschaftlichen Möglichkeiten Rußlands nicht einzig und allein nach dem Stande der Kollektivierung beurteilen. Die Zukunft seines Exports — insbesondere die Möglichkeit einer weitgehenden Steigerung derselben — wird weit mehr auf industriellem Gebiete entschieden. Das ist bisher nie genügend beachtet worden. Denn der Sinn der Kollektivierung ist die Schaffung riesiger Güter, gerade auch für den Getreidebau, auf denen mittels Traktoren die Arbeiten in großartiger Weise durchgeführt werden können. Schon in den jüngsten Vergangenheit ist nun aber die Beschaffung der notwendigen Traktoren auf mancherlei Widerstände gestoßen. Immerhin hoffe man, sie als vorübergehend ansehen zu können. Die herrschende Auffassung ging dahin, daß nach Fertigstellung der großen Traktorenfabriken, von denen die größte in Stalingrad jährlich 40 000 Stück liefern soll, eine ausreichende Versorgung der russischen Landwirtschaft mit diesem für sie wichtigsten Geräte außer Frage stünde. Für die Zwischenzeit hat eine gewaltige Traktoreneinfuhr aus den Vereinigten Staaten eingesetzt.

Seit einiger Zeit vollzieht sich jedoch in der russischen Wirtschaft ein beachtenswerter Wandel. Er ist durch die Umgestaltung des Verteilungsprozesses gekennzeichnet. Nicht der Markt, nicht die Preise regulieren dort die Verteilung der Güter, sondern der Wille einiger zentraler Stellen, unter denen die Staatsbank jetzt den ersten Platz inne hat. Jedoch zeigt sich von Monat zu Monat mehr die Schwierigkeit, die autoritative Verteilung in einem solchen Mäßenreiche bei fortwährender Umgestaltung der Produktion im Zeichen des Fünfjahresplans folgerichtig durchzuführen. An vielen Orten fehlt es an den notwendigen Rohstoffen. Darf man noch vor einiger Zeit glauben, daß wenigstens die große Produktionsapparatur des Fünfjahresplans errichtet werden konnte, so sieht man jetzt, daß auch hier Störungen eintreten. Erst recht aber haben die Bedenken zugenommen, daß die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe zur Ausnutzung der neuen Produktionsapparatur auf immer größere Schwierigkeiten stößt.

Das Urteil über die jetzigen Aussichten des Fünfjahresplans in seiner Gesamtheit wird ferner durch den Mangel an Qualitätsarbeitern und Qualitätsleistung bestimmt. Qualitätsarbeiter kann man nicht über Nacht schaffen; sie können nur im Laufe langer Zeit herangebildet werden, und nur bei entsprechender Sicherung eines hohen Lebensniveaus. Der gleiche wird aber in Rußland jetzt nicht geboten —, im Gegenteil, die für die große Masse verfügbaren Konsumgüter schrumpfen von Tag zu Tag. Das Bezugssystem beherrscht die Versorgung viel stärker als in Deutschland in der schlimmsten Zeit des Krieges. Überdies gibt es auf viele Karten dennoch keine Ware. Kein Wunder, daß daher auch die Qualität der erzeugten Industrieprodukte zu wünschen übrig läßt und der Ausschussprozentsatz wächst.

Bedenkt man, daß die landwirtschaftliche Erzeugung in Rußland auf der durch den Fünfjahresplan geschaffenen Basis sich gedeihlich nur entwickeln kann, wenn die nötige Versorgung mit Traktoren vor sich geht und wenn auch sonst die gesamte Wirtschaft die notwendigen Voraussetzungen bietet, so zeigt sich, daß das Urteil über die agrare Produktivität des Mäßenreiches nicht lediglich vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus gefällt werden kann. Zwar vermag niemand gerade für Rußland auch nur auf kurze Zeit für die Zukunft einigermaßen sichere Prophezeiungen zu machen. Man kann lediglich aus den jetzigen Anzeichen schließen, daß die russische Wirtschaft einer Verschärfung der Krise des Verteilungsprozesses entgegengeht, deren Heilungsmöglichkeiten noch in Dunkel gehüllt ist.

Für die außerrussische Welt bleibt als ständige Drohung die Tatsache, daß zwar die Produktivität der russischen Wirtschaft und ihrer Landwirtschaft im besonderen rückgängig sein kann, daß aber dennoch durch Anwendung der Staatsmacht Exportüberschüsse, durch Verringerung der für die heimische Bevölkerung verfügbaren Mengen bereitgestellt werden können. Schon die nächste Zukunft dürfte lehren, wie der Gang der Dinge im einzelnen sein wird und wie das Experiment des Fünfjahresplans zunächst läuft.

Die deutschen Angestellten in der Sowjetunion.

In der Deutschen Hochschule für Politik sprach am Donnerstag Geheimrat Regierungsrat Kleinow über „Die deutschen Angestellten in den Betrieben der Sowjetunion“. Er erinnerte daran, daß schon das zaristische Rußland aus Mangel an technisch ausgebildeten Kräften auf die Hilfe des Auslandes angewiesen war. Im Vorkriegsrußland, in dem nie etwas für die allgemeine Volksbildung getan worden sei, hätte man gegenüber der gewaltigen Kapitalinvestierung in der Wirtschaft nicht Schritt gehalten mit der Förderung der Kultur und Ausbildung des Volkes. Mit der Einfuhr der Maschinen habe sich Rußland auch stets die Techniker aus dem Ausland geholt, die unter besonders günstigen Bedingungen Aufnahme gefunden und

daher sehr gern in Rußland gearbeitet hätten. Als dann die Sowjetregierung im Jahre 1921 an die Macht gelangt und an die Neugestaltung der Wirtschaft gegangen sei, habe Rußland dieser ausländischen Hilfskräfte entbehrt dagestanden. Sowjetrußland sei zu der Erkenntnis gekommen, daß ohne ausländische Hilfe, vor allem im Zeichen des Fünfjahresplanes, nichts zu machen sei, und habe unter Gewährung einer guten Entschädigung ausländische Ingenieure, Arbeiter und Vorarbeiter, vor allem Deutsche, ins Land geholt. Der deutsche Techniker habe ein relativ gutes Einkommen erhalten, das zum größten Teil in deutscher Valuta bei einer deutschen Bank eingezahlt wurde.

Angesichts der Weltkrise glaube Rußland nun, den fremden Arbeitskräften nicht mehr solche weitgehenden Leistungen versprechen zu brauchen, und bereite sich auf eine Einstellung dieser den russischen Staat sehr belastenden, aber für den Ausländer überaus wichtigen fremden Valutazahlung vor. Der deutsche Ingenieur habe sich in Rußland unter Aufgab seiner bisher gewohnten Wünsche in das Kollektiv einzufügen, das die Vernichtung des Individuums, des persönlichen Fortschritts und strebenden Menschen zum Ziel habe. Gemeinsames Wohnen mehrerer Familien oder Unterbringung in einer Gemeinschaftslasche mit Kollektivregeln erwarte den fremden Mitarbeiter. Politisches Mißtrauen gegen den andersgesinnten Deutschen oder offene Feindschaft gegen den ausländischen „Antreiber“ seien zwei weitere Faktoren, die den deutschen Angestellten in Rußland bei jeder Gelegenheit in feilsche Bedrängnis geraten ließen. Es sei vorwiegend der Familien, vor allem der Kinder, zu warnen, da sie in der kommunistischen Schule, zu deren Besuch sie in Ermangelung anderer Unterrichtsmöglichkeiten genötigt seien, gegen die Familien und auf rein materialistischer Grundlage erzogen und den Eltern entfremdet würden. Der alleinlebende deutsche Ingenieur ohne Familie, der gern etwas sehen wolle, könne ruhig eine Stellung in Rußland annehmen, zumal für den Deutschen eine kommunistische Anstellung durch den dort erlebten Sozialismus, der besser Staatskapitalismus zu nennen sei, nicht zu befürchten sei. Er müsse jedoch auf der vertraglichen Zusicherung einer individuellen Wohnung, dem Anschluß an eine Genossenschaft, von der er seine Lebensmittel beziehen könne, der Ausbezahlung seines Einkommens in deutscher Valuta und der Ausfuhrmöglichkeit seiner in Rußland gemachten Ersparnisse bestehen.

Doumer schürt die „Ewige Flamme“.



Der neue französische Präsident hat sofort nach seiner Einführung in sein Amt das Grabmal des Unbekannten Soldaten besucht.

Am Krankenbett des deutschen Volkes.

Auf dem Arztag in Köln ging der ständige Beauftragte der ärztlichen Spitzenverbände Deutschlands, Dr. Hädenkamp — Berlin, auf Fragen der Sozialpolitik ein. Die Sozialversicherung habe solche Wandlungen erfahren, daß ihre ursprünglichen Grundlagen als erschüttert angesehen werden müßten. Mehr und mehr näherte sich unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Versicherung einer staatlichen Fürsorgeeinrichtung. Dabei seien die Leistungen, namentlich diejenigen für die Kriegssopfer, so herabgedrückt worden, daß sie zum Teil als völlig unzulänglich bezeichnet werden müßten. Der allergrößte Teil des Volkes werde durch die Wirkungen der neuen Notverordnung mit Sicherheit der wirtschaftlichen und sozialen Verelendung entgegengeführt. Es könne nicht ausbleiben, daß die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes unter dem Druck der Reparationslasten in absehbarer Zeit eine verhängnisvolle Verschlechterung erfahren müßten. Gegen die unmittelbare Bedrohung der Arbeits- und Leistungskraft des deutschen Volkes erhebe die deutsche Ärzteschaft ihre warnende Stimme. Die deutschen Ärzte appellierten am Krankenbett ihres Volkes an die Tatkraft der Regierung und an die Einsicht der Reparationsgläubiger.

Die auf den Bestimmungen des Versailler Vertrages begründete Internationale Sozialpolitik, die sich den Schutz der Arbeitskraft und die allgemeine Verbreitung der sozialen Versicherungseinrichtungen zur Aufgabe gemacht habe, müsse jeden Sinn und jede Wirkung verlieren, wenn die Reparationslasten zum fortwährenden Wirtschaftsverfall der Völker und zu unabsehbarer Steigerung der Arbeitslosenziffern führten. Die deutschen Ärzte hielten es für ihre Pflicht, gerade in der Notzeit auch unter schweren persönlichen Opfern bei der Durchführung der sozialen Versicherung mitzuarbeiten. Jedoch erwarteten sie, daß ihnen keine größeren Lasten auferlegt werden als anderen Berufsgruppen. Besonders eindringlich wies Dr. Hädenkamp auch auf die unerträglich gewordene Lage des ärztlichen Nachwuchses hin. Tausende junge ausgebildete und leistungsfähige Ärzte seien zur Arbeitslosigkeit verurteilt, weil die Gesetzgebung die Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit gesperrt und durch die Notverordnung vom Dezember 1930 die Zulassungs-

möglichkeit noch über die früheren Maßnahmen hinaus eingeengt habe. Zum Schluß ging der Vortragende auf die Stellung der deutschen Ärzteschaft zu der viel umstrittenen Frage einer etwaigen Änderung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches ein. Die Forderung der Ärzte lehne es ab, sich durch eine öffentliche Propaganda, die vielleicht rein politische Hintergründe habe, von ihrer ärztlichen Überzeugung abdrängen zu lassen. Wie der einzelne Arzt, so habe der gesamte ärztliche Stand bei seinen Überlegungen einzig und allein die wissenschaftliche Erkenntnis und die ärztliche Gewissenspflicht entscheiden zu lassen.

Ein großes Meliorationsarbeitsprogramm.

Auf Einladung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Schmelzer (Ztr.) fand im Preussischen Landtag eine Besprechung der landwirtschaftlichen Abgeordneten der Landtagsfraktionen über das große Meliorationsprogramm des Verbandes Deutscher Landeskulturgenossen statt. Einleitenden Worten des stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes, Domänenrat Kreuz, Dülmen, folgten Vorträge von Hermann Tholens und des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Verbandes, Rechtsanwalt Vinkelmann.

Dem Vortrage lag die Denkschrift des Verbandes „Landeskultur, Staat und Arbeit“ zugrunde. In dieser Denkschrift wird bekanntlich die Bedeutung des Ertrages der ausländischen Lebensmitteleinfuhr durch inländische Mehrerzeugung in neuer Weise begründet.

Eine Mehrerzeugung von drei Milliarden Nahrungsmitteln (nach inländischen Gesteckungskosten), wovon durch Meliorationen, insbesondere des vorhandenen Kulturlandes, zwei Milliarden Mark erreichbar sind, belegt die übrige Wirtschaft (Handel, Gewerbe, Verkehr, Industrie) im Umfange von annähernd sieben Milliarden Mark und hat damit die dauernde Mehrbeschäftigung von annähernd drei Millionen Arbeitskräften zur Folge. Gleichzeitig werden Ersparnisse in der Arbeitslosenunterstützung und Steuermehreinnahmen in Höhe von drei Milliarden Mark erzielt. Es wird dargelegt, daß es eine völlige Verleumdung dieser Auswirkungen bedeute, wenn man glaubt, dieses Arbeitsprogramm sei aus Mangel an Mitteln nicht durchführbar. Zur Finanzierung der notwendigen Meliorationsarbeiten, durch die jedes Jahr mehrere hunderttausend Menschen unmittelbar beschäftigt werden würden, ist vielmehr nur erforderlich, daß die sowohl infolge der Bauausführung als der Mehrerzeugung ersparten Arbeitslosenunterstützungen und die erzielten Steuermehreinnahmen als Beihilfen und laufende Zinsverbilligung zur Verfügung gestellt werden. Das daneben noch erforderliche Kapital kann und muß durch planmäßige Einwirkung auf den inländischen Kapitalmarkt, auf dem noch im Vorjahre sechs Milliarden langfristig angelegt worden sind, ausgebracht werden. — Vorbedingung für die volle Auswirkung dieses Programms ist eine richtige Handelspolitik, wobei darauf hingewiesen ist, daß über die Hälfte unserer Nahrungsmitelefuhre aus Ländern (insbesondere aus Kanada, Argentinien, Australien) kommt, mit denen wir eine jährliche passive Handelsbilanz von rund zwei Milliarden haben. — Es bedarf also lediglich der Entschliebung, bisher unproduktiv verbandte Mittel produktiv anzulegen, um die weittragendsten Wirkungen für die Gesamtwirtschaft zu erreichen.

In der Aussprache, an der sich Vertreter des Zentrums, der Deutschen Fraktion und der Staatspartei beteiligten, wurde der Plan im Grundsatz von allen Seiten lebhaft begrüßt. Von mehreren Beteiligten wurde auch auf den Arbeitspflichtdienst hingewiesen, für den die Meliorationen ein Hauptgebiet seien. Angezeigt sei es ferner, wenn die Reichsregierung die Notverordnung sofort durch ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm, bei dem die Meliorationen im Vordergrund stehen, ergänzen würde.

Tumulte im Braunschweigischen Landtag.

Gegen die Notverordnung. — Kassenkredite bewilligt.

In der Dienstag-Sitzung des Braunschweigischen Landtags brachte, wie aus Braunschweig gemeldet wird, der Abgeordnete Groh von der nationalsozialistischen Landtagsfraktion folgenden Antrag ein:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, unverzüglich bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die sofortige Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 herbeigeführt werde.

Bei der Begründung des Antrages des Abgeordneten Groh entstand ein starker Tumult, in den auch die Tribüne des Landtages eingriff. Die Kommunisten und Sozialdemokraten suchten den Redner durch Zwischenrufe zu unterbrechen. Es fielen starke Worte, die zu weiteren Tumulten Veranlassung gaben. Der Präsident ließ die Tribüne räumen, unterbrach die Sitzung und berief den Ältestenausschuß. Nach einstündiger Unterbrechung der Sitzung kam es abermals zu einem Tumult, als der kommunistische Abgeordnete Meinerz das Vorgehen des Abgeordneten Groh eine elende Heuchelei nannte. Schließlich beruhigte sich das Haus und beschloß, die Abstimmung über den Antrag Groh auf morgen zu vertagen.

Dann trat das Haus in die Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Übernahme einer Bürgschaft für Aufträge der russischen Regierung an braunschweigische Firmen ein. Nach ausgedehnter Debatte wurde beschlossen, dem Antrage des Ausschusses entsprekend die Garantie dem Staat zu übernehmen.

Der Vatikan protestiert.

Wegen der Ausweisung des Kardinals Segura aus Spanien. Wie der „Osservatore Romano“ meldet, hat der Heilige Stuhl dem Nuntius in Madrid die Weisung erteilt, bei der spanischen Regierung wegen der Ausweisung des Kardinals Primas Segura Protest zu erheben.

Katholiken in Spanien schwer mißhandelt.

1300 Versammlungsteilnehmer, die von einer katholischen Massenversammlung in Pamplona mit dem Zug nach Saragossa zurückkehrten, wurden auf einer Zwischenstation von einer tausendköpfigen Menge angegriffen. Sie schlugen auf die Teilnehmer mit Steinen und Stöcken ein, holten Reisende aus den Wagen heraus, darunter viele Frauen und Kinder, und ließen sie Spießrutenlaufen. Einzelne Personen stürzten sich vor Angst aus dem Zuge, wobei eine unter die Räder kam und zermalmt wurde. Der Pöbel verhinderte die Weiterfahrt der Versammlungsteilnehmer durch Abhängen der Lokomotive von den Eisenbahnwagen. Die Polizei sah ohnmächtig dem Treiben der angreifenden Menge zu. Auf dem Bahngleis blieben zahlreiche Verletzte liegen. Viele Reisende versuchten, mit Automobilen ihre Fahrt weiter fortzusetzen, wurden aber von einer neuen Bande angegriffen, die sechs Autos in Brand steckte und die Insassen verprügelte.

Salver

—0 Es werden hier oft Klagen über Störungen an den Straßenbeleuchtungsanlagen innerhalb des Gemeindebezirks laut. Alle Störungen werden, sobald sie zur Kenntnis der Amtsverwaltung gelangen, sofort durch einen hiesigen Elektriker oder von einem Monteur von Elektromotoren beseitigt. Die Bevölkerung, der mit öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlagen versehenen Gemeindeteile, wird daher im eigenen Interesse hierauf hingewiesen und gebeten, etwa auftretende Störungen und Mängel sofort auf fernmündlichem Wege der Amtsverwaltung (Amtsbauamt) — Sammelnummer 141 — zu melden.

—1 In der Linienführung des Weges Nieder-Hedfeld-Schuldenheller Mühle-Gierfeld-Anschlag ist bisher von den Grundstückseigentümern eine Einigung nicht erzielt worden. Seitdem hat die Verwaltung des Amtes Salver drei Wegeprojekte ausarbeiten lassen. Die Stadt Barmer hat der hiesigen Verwaltung in der Linienführung des Weges freie Hand gelassen. Wie wir erfahren, findet am kommenden Montag eine letzte Besprechung mit den Interessenten in Bommert statt. Sollte in dieser Zusammenkunft keine Einigung mit den Grundstückseigentümern erreicht werden können, wird der Weg über Schulden-Hedfeld nach Wilhelmshöhe zur Kreisstraße ausgebaut. Im Interesse der Bewohner des dortigen Bezirks wäre es erwünscht, wenn die erwähnte Linienführung des zu erbauenden Weges zur Durchführung käme. Hoffentlich ist in letzter Stunde noch eine Einigung zu erzielen.

—2 In arge Bedrängnis geriet am gestrigen Nachmittag ein Schnellastwagen von auswärts. Ein hiesiger Landwirt war mit dem Abfahren von Heu beschäftigt. An der Kreuzung der Hoch- und Hagenerstr. wollte der Lastwagen überholen, beachtete aber scheinbar das entgegenkommende Fuhrwerk, ebenfalls mit Heu beladen, nicht. Dem Führer gelang es im letzten Augenblick, den Wagen zum Halten zu bringen und konnte ein größeres Unglück verhüten.

—3 In der Metallwarenfabrik Peter Wilhelm Haurand wurden 3 neue Präzisionspressen mit einer Gesamtdruckleistung von 400 Tonnen aufgestellt. Damit hat sich die Zahl der motorisch betriebenen Pressen auf 59 erhöht.

Schalksmühle

—4 Auf Anregung des Westfälischen Verkehrsverbandes in Dortmund ermöglichen eine Anzahl schöner Sommerfrischen an der Weser, im Teutoburgerwald und im Sauerland für diesen Sommer einen Pauschalurlaub für 14 Tage, der einschließlich aller Ausgaben für Unterkunft, Verpflegung, (4 Mahlzeiten), Trinkgeld nur 68 RM kostet. Folgende Orte in Westfalen haben sich an dieser Kneuerung, die das reisende Publikum außerordentlich begünstigt, bisher beteiligt: an der Weser: Cloppenburg, im Sauerland: Arnsberg, Weischede, Niedermarsberg, Warstein und Schalksmühle in der Nähe der Glöcklspitze. Im Teutoburger Wald: Detmold, Bielefeld, Horn, Lage, Bergholzhausen, Hildesheim, Remmighausen, Sylbach, Blomberg und Lemgo. Selbst für Besucher, die eine längere Bahnfahrt (300 bis 400 km) brauchen, werden auf diese Weise ein Teil der Fahrtkosten für ihre 14tägige Erholungsreise nicht mehr als 100 RM benötigen.

Kierspe

—5 Ein Betriebsunfall ereignete sich in der Schlosserei einer hiesigen Firma. Der Schlosser D. H. kam dadurch zu Fall, als die Leiter brach, mit der er an einer Transmission arbeitete. Der Bedauernswerte, der Quetschungen im Gesicht davontrug, wurde ins Ländchen der Krankenkasse geschafft.

—6 Am 23. d. M. können die Eheleute Müller, Albert Klingelhöfer und Frau Wilhelmine geb. Eichholz in Eickener Mühle auf einen 25jährigen Eheband zurückblicken. Wir gratulieren.

—7 In Brügge. Untrene. Vor dem Hagener Schöffengericht hatte sich der Eisenbahnbetriebsassistent G. M. von hier zu verantworten, weil er Gelder, die ihm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des hiesigen Mietervereins übergeben worden waren, veruntreut hat. Es handelt sich um zwei Beträge, einmal um 230 RM, die er vom Kassierer bekommen hatte, damit er eine Schreibmaschine für den Verein kaufe. Die Schreibmaschine wurde gekauft, doch bezahlte M. erst nach und nach. Als eine Revision stattfand, fand man noch eine Summe offen. Die Maschine ist von der Lieferfirma, weil keine volle Bezahlung erfolgte, gepfändet und versteigert worden, sodaß der Verleiher den vollen Betrag verloren hat. Es stellte sich ferner heraus, daß M. einen anderen Betrag von 91 RM, der ihm zur Ueberweisung an den Provinzialverein ausgehändigt worden war, ebenfalls nicht seiner Bestimmung zugewiesen, sondern für sich verbraucht hat. Er war vor Gericht geständig und wies darauf hin, daß er schon genug dadurch gestraft sei, daß er nach 21jähriger Tätigkeit im Eisenbahndienst seine Stellung und Pension verliere. Das Urteil lautete auf 4 Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist.

—8 Altena. In den Räumen des Ehrenmals des Sauerländischen Gebirgsvereins auf dem 515 Meter hohen Kohlberg bei Neuenrade, inmitten der eindrucksvollen Naturschönheiten des Sauerlandes hatte der Verband der Gemeindevorstände in Westfalen seine Mitglieder zum ordentlichen Verbandstag zusammengerufen. Der Verbandsvorsitzende, Rittergutsbesitzer Freiherr von Ascheberg, verwies in seiner Begrüßungsansprache auf die Notwendigkeit des engen Zusammenhaltens um in der Gesetzgebung und in der Holzmarktfrage die notwendige Störkraft zu besitzen. Nach dem vom Geschäftsführer, Oberförster Louis, Willebadesen, erstatteten Geschäftsbericht sind jetzt 78,646 Hektar, d. i. 80 Prozent des gesamten westfälischen Gemeindevorstandes, in dem Verband zusammengeschlossen. Die Mitgliedsbeiträge wurden um 25 Prozent gesenkt, die gesamten Regularien glatt erledigt, die ausscheidenden vier Vorstandsmitglieder einhellig wiedergewählt und beschlossen, den nächstjährigen ordentlichen Verbandstag in Arnsberg, abzuhalten, nachdem Bürgermeister Dr. Altemühle mit seinem Eintreten für Haltern mit knapper Mehrheit unterlegen war. Eingelebte Referate des Geschäftsführers beschäftigten sich mit dem Veranlagungsmodus zu den Beiträgen der Landwirtschaftlichen Berufsvereinsvereine und mit den traurigen Verhältnissen auf dem Holzmarkt. Zu diesem Thema hielt Guttschloßer Rentrop, Vorstandsmitglied des Verbandes der Privatwaldbesitzer, ein Korreferat. Nachdem noch die Schädigung des Waldes durch das Schälen des Wildes behandelt worden war, konnte der Vorsitzende in seinem Schlussworte daran erinnern, daß der Verband am 15. August vor 10 Jahren in Lippstadt gegründet wurde.

—9 Münster. Für jede gestohlene Mark 1 Monat Zuchthaus. Die Arbeiter Belting und Meißner, ganz erheblich vorbestraft, entwendeten im Februar d. J.

Verheerender Wirbelsturm im Kreise Altena.

Zwischen Herscheid und Holthausen 80 Häuser abgedeckt.

Ueber 40 Verletzte — Sachschaden ungeheuer groß.

Plettenberg, 18. Juni 1931.

Von einem furchtbaren Unwetter wurde gestern abend zwischen 5.30 Uhr und 6 Uhr das Elstal zwischen Herscheid und Holthausen betroffen. Mit elementarer Gewalt sprang plötzlich bei Herscheid ein Wirbelsturm auf, der mit rasender Geschwindigkeit das Tal der Else entlang in der Richtung nach Holthausen bei Plettenberg dahinfegte. Alles, was sich der Windsbraut in den Weg stellte, wurde mit unwiderstehlicher Gewalt fortgerissen. Häuserdächer trug der Sturm über 100 m weit durch die Luft. Dachziegel und Sparren wirbelten umher, Bäume wurden entwurzelt, Mauern und Giebelwände stürzten ein, und schwere Balken prasselten zu Boden. Türen und Fensterscheiben wurden eingedrückt. Nichts schien vor dem rasenden Element sicher zu sein. Menschen flüchteten in wilder Angst einher. Jegliche Rettung schien vergebens, denn alles, was sich über dem Erdboden erhob, erzitterte unter dem gewaltigen Ansturm des Elementes. Auf dem Bahnhof Plettenberg-Oberstadt wurde ein Güterschuppen dem Erdboden gleichgemacht. Das Dach des Schuppens sauste über hundert Meter weit fort ins Tal der Else. Selbst ein schwerer Eisenbahnwagen wurde aus den Schienen geschleudert. Eine in etwa 100 m Entfernung stehende Fabrik wurde ebenfalls weggerafft. In Holthausen wurden die Fensterscheiben einer Fabrik fast sämtlich eingedrückt und das Dach abgetragen. Man beziffert den Schaden dieser Fabrik auf 20 bis 25 000 RM.

Bedauerlicherweise sind neben dem hohen Sachschaden drei Menschenleben zu beklagen. Ein Mann namens Stahlschmidt aus Herscheid, verheiratet, wartete auf dem Bahnhof Plettenberg-Oberstadt auf den Zug, um nach Hause zu fahren. Als der Sturm losbrach und den Güterschuppen forttrug, sauste ein schwerer Balken auf den wartenden Stahlschmidt, der augenblicklich erschlagen wurde. Ein anderer Mann geriet unter eine zusammenbrechende Mauer

und wurde ebenfalls getötet. In Holthausen suchte ein Mann bei einer 60 cm dicken Mauer vor dem rasenden Element Schutz. Die Mauer jedoch barst plötzlich unter Sturmesgewalt und stürzte ein, den Mann unter sich begrabend. Er erlag seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus. Eine andere Mauer warf der Wirbelsturm auf ein Fuhrwerk. Fuhrmann, Pferd und Wagen wurden von den Steintrümmern verschüttet. Mit schweren Verletzungen konnte der Mann geborgen werden. Das Pferd war tot, der Wagen gänzlich vernichtet. Insgesamt haben etwa 40 Personen mehr oder minder große Verletzungen durch einfallende Mauern oder umherfliegende Steine und Balken davongetragen. Den Sachschaden schätzt man auf fast 1 Million Mark.

Nur 2 bis 3 Minuten wütete der Sturm. Ungeheure Verheerungen zeichneten seinen Weg. Die Feuerwehren und Ortsbewohner der Dörfer im Elstal mußten noch manche Mauern und Giebelwände einreißen, da sie vom Sturm getroffen waren und durch die Gefahr des Einsturzes Menschen und Vieh gefährdeten. Ein 1½ Morgen großer stattlicher Tannenwald bei Holthausen ist vernichtet, denn die stärksten Bäume zerbrachen wie Streichhölzer. Gärten und Obstbäume bieten ein trauriges Bild. Telegraphen- und Lichtleitungen sind zerissen. Das auf Haufen geschichtete Heu des Elstales liegt weithin verstreut oder schwimmt auf den Wassern der Else. Die Ortschaft Holthausen litt am schwersten unter dem Wirbelsturm, während von Plettenberg nur die Häuser eines Ortsteiles weniger große Beschädigungen aufwiesen.

Der Schrecken der Bevölkerung war groß. Unstätig, des eigenen Lebens nicht sicher, mußte man das Vernichtungswerk des Sturmes hinnehmen. Fürwahr, „die Elemente lassen das Gebild von Menschenhand.“

Der Deutsche Arztetag in Köln

Grundzüge für eine Reform der Krankenversicherung. Köln. Die 50. Deutsche Arztetagung wurde am Dienstag mit der Hauptversammlung des Verbandes der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund) eröffnet.

Geheimrat Stauber entwarf sodann ein Bild der Lage des Arztstandes und betonte: Der Verlust der Einnahmen der Ärzte durch die Notverordnungen der letzten Jahre schwankte bis zu 25 Prozent, sodaß man bereits von einer Versteigerung reden könne. Die Hauptversammlung des Hartmannbundes werde sich mit zwei Hauptfragen zu beschäftigen haben, die im Brennpunkt der Not und Sorge der Ärzteschaft ständen, der Sozialversicherung und der Jungärzteschaft. Das wichtige Fragegebiet der Reichsärzte-Ordnung solle einen Schritt vorwärts getragen werden.

In der Nachmittagsitzung des Hartmannbundes sprach Dr. med. Reichert (Leipzig), der 2. Vorsitzende des Bundes, über

eine Reform der Krankenversicherung.

Es handele sich heute nicht darum, ein fertiges Programm oder einen Gesetzentwurf vorzulegen, doch solle von der Hauptversammlung in Köln der Impuls ausgehen, diese Dinge neu zu gestalten. Alle Auswüchse des bisherigen Krankenversicherungssystems seien nur von der einen Stelle bekämpft worden: dem behandelnden Arzt.

Dr. Reichert stellte dann für eine solche Reform folgende Grundzüge auf: Für die Lösung der Kassenarztfrage müsse ein einfacher, möglichst wenig bürokratischer Weg gefunden werden, der das Wesen des Arztberufes, das Helfen von Mensch zu Mensch wiederum zur freien Ent-

faltung kommen lasse und den Arzt von der alleinigen Verantwortung für die wirtschaftliche Verwendung der vorhandenen Mittel nach Möglichkeit befreie. Der Versicherte müsse durch die künftige Gesetzgebung zu dem notwendigen Haushalten mit den vorhandenen Mitteln angehalten werden, ohne daß, wie durch die Notverordnung vom Juli 1930, die Krankheit als solche besteuert werde. In diesen beiden Grundforderungen erblickt Dr. Reichert die Lösung des Problems der Frage der Beteiligung des ärztlichen Nachwuchses an der ärztlichen Versorgung der versicherten Bevölkerung.

Anschließend hielt Dr. Langbein (Pfullingen) ein Referat über „Notverordnung und Jungärzteschaft“. Der Referent sieht nur einen Weg zur Befreiung des ärztlichen Nachwuchses aus den Klammern der Notverordnungen wie zur Befreiung der ganzen Ärzteschaft aus den Fesseln des Kassenarztes: Die bewußte Rückkehr zur Idee der freien Arztwahl, wie sie in einer Zeit ähnlicher Verlegenheit Hartmann und seine Zeitgenossen gelehrt haben. Sie ermöglichte es, die an sich so außerordentlich verschiedene Mitgliedschaft des Verbandes immer wieder zu einigen, weil in dieser Idee nicht allein die berechtigteste Forderung nach einer Öffnung des Arbeitsmarktes liege, sondern die Sehnsucht nach der beruflichen und sittlichen Freiheit des Arztes. Die Zeit sei da, offen und einmütig die Forderung zur Rückkehr zur freien Arztwahl zu stellen. Der Vortragsende kam zu dem Schluß, daß es im Rahmen des geltenden Kassenarztes und der Notverordnungen für den ärztlichen Stand keine Möglichkeiten gebe, den ärztlichen Nachwuchs in zufriedenstellender Weise weiter zu führen für die Zukunft an der Tätigkeit in der Krankenversicherung, also an dem überwiegenden Teil ärztlicher Behandlung zu beteiligen.

Das Lübecker Kindersterben.

Prozeß im Oktober.

Der Prozeß gegen die im Zusammenhang mit dem Lübecker Kindersterben beschuldigten Ärzte wird vermutlich im Oktober dieses Jahres zur Verhandlung kommen. Die Eltern der geschädigten Kinder haben sich dem Verfahren gegen die Ärzte angeschlossen. An den Folgen der Calmette-Fütterung sind bekanntlich bisher 76 Kinder gestorben.

Die Vorgänge im Hause Stutenbrot.

Verstoß gegen die Konkursordnung. — Die verschleppten Papiere herbeigeschafft.

Zu den aufsehenerregenden Verhaftungen bei der Firma Stutenbrot in Einbeck, über die wir bereits berichteten, ist noch mitzuteilen, daß sie zur vollen Aufklärung, die in Frage kommenden Dinge geführt haben, bei denen es sich um Verstöße gegen die §§ 239 Abs. 1 und 242 Abs. 1 der Konkursordnung handelt. Papiere, die zu den Vermögensbestandteilen der alten Firma Stutenbrot in Einbeck gehörten, sind auf unerlaubte Weise verschleppt worden, und es wurde daher zur Festnahme des Zrl. Stutenbrot, die wegen ihrer geschwächten Gesundheit in ihrer Villa in Polizeigewalt bleiben konnte, ihrer Ausrüstung, des Kaufmanns Kamptzader aus Hannover, des Prokuristen Verratsch und des Kaufmanns Volkmar geschritten. Im einzelnen erfahren wir in der Angelegenheit von be-
hördlicher Seite folgendes:

Geschäftspapiere der Firma Stutenbrot, und zwar vornehmlich umfangreiche Kundentregister, die wichtige Vermögensbestandteile des Unternehmens darstellen, waren ohne Wissen der Firma auf Veranlassung des Zrl. Stutenbrot zunächst in ihre Villa, von dort in mehreren Kraftwagen nach Hannover transportiert und da in der Wohnung des Kaufmanns Kamptzader untergebracht worden. Als dieser nun am 15. Juni nach Einbeck kam, erfuhr er, daß Zrl. Stutenbrot festgesetzt worden war und daß es sich dabei um die fraglichen Papiere handelte. Er begab sich sofort an den Fernsprecher, verständigte einen Freund in Hannover, und dieser veranlaßte in Untertun die Sachlage die weitere Verschleppung der Papiere. Noch in der nächsten Nacht konnte ein Vertreter der Staatsanwaltschaft den Verbleib der Papiere in Hannover feststellen und sie sämtlich beschlagnahmen. In der gleichen Nacht kehrte er nach Einbeck zurück und nahm unter Mitwirkung eines weiteren Mitgliedes der Staatsanwaltschaft eine Vernehmung der in Betracht kommenden Persönlichkeiten vor, die die Verschleppung der Papiere nicht in Abrede stellten.

Während Zrl. Stutenbrot erklärte, sie wisse nicht, weshalb die Papiere verschleppt worden seien, und weitere

Auskunft ablehnte, gaben die anderen Beihuldigten an, im Interesse und auf Anweisung des Zrl. Stufenbrof gehandelt zu haben. Der Professor Terrasch und der Kaufmann Volkmar wie auch Zrl. Eide und Kaufmann Ramstädter sind inzwischen aus der Haft entlassen, und es ist anzunehmen, daß auch in bezug auf Zrl. Stufenbrof noch heute die Haft aufgehoben werden wird, da nach der vollen Aufklärung des Tatbestandes Verdunkelungsgefahr, wegen der zu den Verhaftungen geschritten worden war, nicht mehr besteht. Wie wir von taatsanwaltlicher Seite hören, ist jedoch damit zu rechnen, daß gegen alle vorgenannten Personen Anklage erhoben wird.

Familiengröße.

Der Frau mit dem Taschenmesser den Hals durchschnitten.

Der Gastwirt Eduard Meyer in Wolfenbüttel, ein im 47. Lebensjahre stehender Mann, suchte seine von ihm getrennt lebende, zehn Jahre jüngere Frau bei ihren Eltern auf, hatte mit ihr einen Streit und erregte sich dabei derart, daß er sein Taschenmesser zog und damit seiner Frau den Hals bis auf den Wirbel durchschnitt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Nach dem Mord stellte sich Meyer freiwillig der Polizei. Wie es heißt, hatte er die Absicht, sich mit seiner Frau auszusöhnen, doch verhielt diese sich ablehnend, da sie Beziehungen zu einem anderen Mann aufgenommen hatte. Die Leiche hatte tiefe Schnittwunden an den Händen, was darauf schließen läßt, daß der Ausführung der Mordtat ein heftiger Kampf vorausgegangen ist.

D-Zug überfährt einen Kraftwagen.

Zwei Tote.

In unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Pustleben der Bahnstrecke Halle-Kassel ereignete sich am Dienstag nachmittag ein schweres Unglück. Ein mit zwei Personen besetzter Kraftwagen mit dem Kennzeichen IX wurde von dem fahplanmäßigen D-Zug 106 Breslau-Erfurt überfahren und vollständig zerschmettert. Die beiden Insassen, der Fabrikant Karl Karthaus und eine Frau Adele Fied aus Gladbach-Rheydt, waren auf der Stelle tot. Der Bahnübergang war mit Schranken versehen, die jedoch nicht geschlossen waren.

Das größte Faß der Welt.

Natürlich liegt es München.

„So wälz' ich ohne Unterlaß
Wie Sanft Diogenes mein Faß.“

sagt Goethe in einem seiner Epigramme. Das Faß, das jetzt in München fertiggestellt worden ist, hätte aber weder Goethe noch der urkomische Diogenes wälzen können. Dieses Faß, das die Münchener Schafflermeister in Norddeutschland sagt man Vötker — Joseph und Alois Dorn gebaut haben, ist ein wahres Meisterwerk des Schafflergewerbes. Es ist für den ständigen Gebrauch bestimmt, während z. B. das berühmte Heidelberger Faß nur noch ein Schaustück ist. Das Münchener Faß faßt 87 935 Liter und dürfte auf der ganzen Welt nicht seinesgleichen haben. Nun sollte man meinen, daß ein Faß, das in München geboren wurde, ausschließlich für Münchener Bier bestimmt sei. Mit Staunen erfährt man jedoch, daß Wein hineinkommen soll und daß dieser Wein, auf Flaschen gefüllt, fast 120 000 Normalflaschen ausmachen würde. Prost!

Spiel und Sport.

Die Faustballspiele beginnen in sämtlichen Gruppen am Sonntag, den 21. d. M.:

Es treffen sich in Schalksmühle:

- Gauklasse 1. Gruppe:**
1. Linseid 1. — Schalksmühle 1. 15 Uhr (Zulauf)
2. Nummenohl 1. — St. Dahlebrück 1. 15,30 Uhr (Sengsternberg)
3. Linseid 1. — Nummenohl 1. 16 Uhr. (Gierke)
Jugendklasse:
4. Linseid 1. — VES. Halver 1. 10 Uhr. (Kaiser)
5. Schalksmühle 1. — Linseid 1. 10,30 Uhr (Kumpmann)
6. VES. Halver 1. — Schalksmühle 1. 11 Uhr („

- Bezirksklasse 1. Gruppe:**
Derbrügge:
7. Derbrügge 2. — Brügge 1. 14,30 Uhr (Meinerzh.)
8. Jahn Lüd. 1. — Meinerzh. 3. 15 Uhr (Schneider)
9. Brügge 1. — Jahn Lüdensch. 1. 15,30 Uhr (Koch)
2. Gruppe:
Deddinghausen:
10. Deddinghausen 1. — Deddinghausen 2. 14 Uhr (Grüber)
11. Ennepe 1. — Branten 1. 14,30 Uhr (Fischer)
12. Linseid 2. — Deddinghausen 1. 15 Uhr (Grüber)
13. Deddinghausen 2. — Ennepe 1. 15,30 Uhr (Grüber)
14. Linseid 2. — Branten 1. 16 Uhr (Gefenberg)

- Gauklasse 2. Gruppe:**
Meinerzhagen:
15. Oberbrügge 1. — Meinerzhagen 2. 13,30 Uhr (Böhle)
16. Meinerzhagen 2. — VES. Halver 1. 14 Uhr (Schmitt)
17. VES. Halver 1. — Oberbrügge 1. 14,30 Uhr (Meinerzh.)

Hoffentlich ist sämtlichen Spielen gutes Wetter vergönnt, damit dieselben gut durchgeführt werden können. Die fortlaufende Nummerierung auf der obigen Liste ist lediglich eine Arbeitersparnis auf dem Gebiete der Verriecherstattung. Jeder, der sich für die Ergebnisse interessiert, findet dieselben in der Montag-Nummer, genau wie obenstehend nummeriert, verzeichnet.

Sämtliche Spielführer oder Spielwarte müssen die Ergebnisse bis Sonntagabend 7 Uhr unter 309 Halver (Zbr. Hans Behrens) abgegeben haben. Verantwortlich für die Durchgabe der verschiedenen Spielergebnisse sind in: Schalksmühle: Zbr. W. Schmidt; Meinerzhagen: Zbr. Schmale; Oberbrügge: Zbr. M. Koch; Deddinghausen: Zbr. A. Röbri.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 17. Juni.

Die Einladung zur Abrüstungskonferenz ergangen. Genf. Der Generalsekretär des Völkerverbundes hat nunmehr offiziell im Auftrage des Völkerverbundes die Einladung zu der am 2. Februar 1932 beginnenden Weltabrüstungskonferenz ergeben lassen. Die Einladung ist an sämtliche Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes, ferner an Sowjetrußland, die Vereinigten Staaten, die Türkei, Ägypten, Mexiko, Afghanistan, Ecuador, Costa Rica gerichtet.

19000 Tonnen großer Passagierdampfer ausgebrannt

New York. Der im Hafen von Hamilton auf den Bermudasinseln vor Anker liegende 19000 Tonnen große Fern-Passagierdampfer „Bermudas“, eines der größten Motorschiffe der Welt, ist einem Riesenseuer zum Opfer gefallen. Zahlreiche Mitglieder der Besatzung stifteten, um sich zu retten, notdürftig bekleidet, an Land. Das Schiff ist völlig ausgebrannt.

Vier Arbeiter bei Montagearbeiten abgestürzt.

Gladbach. Bei den Montagearbeiten eines Eisengerippes des großen Umschaltwerkes der 100 000 Volt-Leitung für die Elektrifizierung der Schachtanlage „Graf Wolke III/IV“ brach ein Brett der Gerüstkonstruktion. Vier Monteure stürzten in die Tiefe. Sie wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt.

Al Capone erklärt sich schuldig.

New York. Wie aus Chicago gemeldet wird, hat sich Al Capone der Steuerhinterziehung für schuldig erklärt. Er erspar sich und der Regierung dadurch ungeheure Prozesskosten und dürfte gleichzeitig mildernde Umstände erlangen. Es verläutet, daß Al Capone mit zweieinhalb Jahren Haft davonkommen wird.

Beginn der Heringsfischerei in der Nordsee.

Hamburg. Die Logger der Deutschen Heringsflotte sind in die nördliche Nordsee ausgesahren, um die diesjährige Heringsfischerei mit dem Treibnetz zu eröffnen. Am Fang nehmen etwa 180 Schiffe teil. Mitte nächsten Monats wird auch von den Fischdampfern die Heringsfischerei mit dem Schleppnetz aufgenommen werden, wodurch zahlreiche jetzt nicht aufgelegte Schiffsdampfer wieder in Fahrt gesetzt werden.

Bombenanschläge in Turin.

Rom. In der Nacht sind an verschiedenen Stellen der Stadt Turin drei Bomben explodiert, ohne jedoch irgendwelchen Schaden anzurichten. Nur das Gitter einer Villa hat gelitten. Offenbar handelt es sich um einen Terrorakt. Ein ähnlicher Anschlag wurde, wie erinnerlich, vor kurzem in Bologna verübt.

Badische Regierungsumbildung verlagert.

Karlsruhe. Der Beschluß des sozialdemokratischen Landesausschusses gegen eine Erweiterung der badischen Regierungskoalition nach rechts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei hat besonders in Zentrumskreisen überrascht. Die Zentrumsfraktion ließ ihre Regierungspartnerin wissen, daß, wenn diese den gleichen Standpunkt wie der Landesausschuß einnehme, die Verbindung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie als gelöst zu betrachten sei. Es kam nun ein achtstägiger Beratungsbeschuß in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zustande, um Gelegenheit zu haben, sich mit dem Parteivorstand in dieser Frage in Verbindung zu setzen.

Unwetterchaden in Köln.

Köln. Über Köln entlud sich ein heftiges Unwetter, das von schwerem Hagelschlag und Hagregen begleitet war. Obgleich das Unwetter nur kurze Zeit dauerte, ist der Schaden sehr groß. Viele Fensterheben wurden zertrümmert und Dachziegel beschädigt. In den Straßen und auf den Dächern lagen die Hagelkörner in kürzester Zeit fußhoch. Viele Keller liefen voll Wasser. Die Feuerwehr wurde über 200mal gerufen. Auch in der Umgebung von Köln sowie im Kreise Düren ist der Schaden groß.

Italienische Taucher finden deutsches U-Boot?

Rom. In der Nähe von Ancona beim Hafen Necanatt wurde ein U-Boot von Täufern gefischt. Die erste Annahme, daß es sich um ein während des Weltkrieges verlassenes österreichisches U-Boot handeln dürfte, soll nach italienischen Meldungen seitens der österreichischen Behörden keine Bestätigung gefunden haben. Man neigt daher hier zu der Ansicht, daß es sich um eines der deutschen U-Boote handelt, deren Wais zur Kriegszeit bei den Brionischen Inseln in der Gegend von Pola lag.

Mazedonischer Bandenführer ermordet.

Sofia. Im Stadtrand wurde die von einigen Schüssen durchbohrte Leiche des Polizeilienten Tanev gefunden. Der Ermordete war früher mazedonischer Bandenführer und Anhänger Ivan Michailows. Es wird daher angenommen, daß die Ermordung eine Tat der Protogeriowisten ist. Mehrere Verdächtige, darunter eine Frau, wurden verhaftet.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Zwangsversteigerung.

Freitag, d. 19. Juni 31, 13 Uhr werde ich im Hotel zur Post in Halver

- 1 Büfett,
- 1 Kamin,
- 1 Plüschsofa,
- 1 Tisch,
- 4 Stühle,
- 1 Küchenschrank,
- 1 Nähmaschine

Öffentlich, meistbietend, gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Barthel, Gerichtsvollzieher.

Turn-Verein
Deddinghausen
1888

Am Samstag, dem 20. ds. Mts. abends 8.30 Uhr

Verammlung

im Vereinslokal
„Zum Deutschen Eck“
1/2 Stunde vorher:

Vorstandsitzung.

Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gegeben.

Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist dringend erforderlich.

Futtermittel!

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

- Weizen
- Hafer
- Gerste
- Mais
- Bruchmais
- Gerstentermehl
- Gerstenschrot
- Haferflocken
- Kartoffelflocken
- Geflügelfutter (deutsch, Bundesfutter)
- Legemehl
- Rübenfütter
- Geschäft. Hühnerreis
- Ungefärbter Reis
- Leinmehl
- Laktina
- (bestes Aufzuchtmittel)
- Perdehals
- Perdemelasse
- Weizenkleie
- Kochsalz
- Wiesfals

E. Zimmermann,
Dhl-Rönfahl,
Telefon Nr. 11 Rönfahl.

Empfehle mich

zum Ausbessern von

Wäsche- und

Kleidungs-Stücken

sowie

zur Anfertigung v.

Wäsche aller Art,

in u. außer dem Hause

zum billigsten Tagespreis.

Elfriede Crede,

Sondern, Post Anschlag.

Kauf

Lebens- und

Genußmittel

stets frisch u. zu äußersten Preisen.

Kaffee 1/2 Pf. 60, 65, 75, 90, 95

Dtto Meisterjahn, Kierspe.

Ratten und Mäuse

in Haus und Stall,

Flöhe und Läuse

an Ihren Tieren, sowie sämtl. Ungeziefer vertilgen Sie prompt mit meinen bewährten Mitteln

Drogerie
E. Bauckhoff,
Kierspe - Bahnhof.

Schützendorf
Pepsin in Weinbrand

ist keine Arznei oder Geheimmittel, sondern magenstärkendes Genußmittel f. jedermann.

Verkaufsstelle:
Gustav Lückmann,
„Jägerhaus“, Halver.

Erhalte Donnerstag
Rübe

Wilh. Schoppmann,
Pinge b. Marienheide.

Der amtliche

Taschen-Fahrplan

für das Niederrheinisch-Westfälische Industrie-Gebiet

Sommerausgabe 1931.

Preis 90 Pfg. — vorrätig in der Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.

Schöne weiße Zähne

Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer Chlorodont-Zahnpaste erreicht habe. E. Reichelt, Sch. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 54 Pf. Verlangen Sie aber echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Ingenieurschule Technikum Bauschule.
Elektrotechnik, Maschinen-, Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau, Wärme-, Kältetechnik, Landw., Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik
Werkmeisterschule
Lehrpläne frei

Der Erfolg bringt zufriedene Kundinnen!

Wasserdampf-Dauerwellen

nach den neuesten patentierten Verfahren. Machen Sie einen Versuch. Auch Sie werden zu meinen zufriedenen Kunden zählen

Damen- und Herren-Salon
Fritz Markowitz, Kierspe - Bahnhof.

Für die warme Jahreszeit empfehle

Butterkühler

zu 0,80, 1,30 RM.

Wilh. Bell jr., Halver

Achenbach-Garagen

ab Lager

Weißblech- Stahl- u. Betonbauten jed. Art

Angebote u. Prospekte kostenlos

Gebr. Achenbach

G. m. b. H. Eisen- u. Weißblechwerke

Weidenau/Sieg Postfach Nr. 380

Vertr.: M. Krügeloh, Lüdenscheld Friesenstr. 20, Tel. 3896.

Deutsch. Bauanstalt, Berlin; Freigeland. Abt. Garag.

Ueber Nacht

trocknen meine

la. Bernstein

Fußboden-

Lackfarben.

Halversche

Medizinal-Drogerie

Carl Menke.

Rot-, Grün- u. Weiß-

Weine

Spezialität:

Krankenweine

kauft bei:

Dtto Meisterjahn, Kierspe.

Westdeutscher Rundfunk.

Freitag, den 19. Juni.

6,45—7,00 Leibesübungen: Dr. Ludwig Bach.

7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.

7,05—8,00 Morgenkonzert.

8,00 Zeitangabe und Wiederholung der

Wettervorhersage.

10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Silbe

Bremus.

10,30 Erste Meldungen, amtliche Wasserstands-

meldungen und Zeitangabe.

10,40—11,15 Schallplattenkonzert (Grammophon-

platten „Die Stimme seines Herrn“).

11,20—12,00 Schulpunkt für die Oberstufe höherer

Lehranstalten. Englische Unter-

haltung.

12,00 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten

„Die Stimme seines Herrn“).

12,50 Wetterbericht.

12,55 Neuerer Zeitzeichen, Mittagsmeldungen

und Zeitangabe.

13,05—14,30 Mittagskonzert des Orchesters des

Westdeutschen Rundfunks, Leitung:

Buchhöller; Solist: August Schreiber

(Cello).

14,30 Kunstverbung mit Schallplatten.

15,30 Wasserstandsmeldungen (Wiederholung),

Zeitangabe und Wirtschaftsmeldungen.

15,50—16,20 Kinderstunde. Eis Vordemberge:

Aus unserer Werkstatt.

16,20—17,00 Jugendfunk. 1. Willi Schäferdiefel:

Was Jungen erzählen: Als Vergleicher

in den Alpen. 2. Dr. Rud. Weber: Wir

richten uns ein Terrarium ein (1). Ein-

richtung und Insassen.

17,00—18,00 Uebertragung vom Südwestdeut-

schen Rundfunk: Alte Tanzmusik. Lei-

tung: Walter Caspar.

18,00—18,20 Frauenstunde. Dr. med. Elfe Neu-

stadt-Steinfeld: Säuglingspflege im

Sommer (2).

18,20—18,40 Dr. Hans Friedrich Blund: Gesich-

ter (Romelle).

18,40—19,00 Englische Unterhaltung. Lektor Dr.

C. Bennett — Lektorin M. Rischkamp-

Whitehead.

19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirt-

schaftsmeldungen und Sportvorbericht.

19,15—19,25 Vom Tage.

19,30—19,55 Weltwirtschaftliche Tagesfragen.

Redakteur S. G. Pauls: Die Umfich-

tung im deutschen Ueberseehandel.

19,55 Erste Abendmeldungen.

20,00—20,30 Die Messgefänge vom 4. Sonntag

nach Pfingsten nach dem Vatikanischen

Graduale, vorgetragen vom Chor der

Abteilung für katholische Kirchenmusik

an der Kölner Staatlichen Hochschule für

Musik. Einführende Worte: Studien-

rat von Lassaulx.

20,30 Mieter Schulze gegen Alle.

Hörspiel von Auditor. Spielleitung:

Rietb.

Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über

das geistige Leben, Sportbericht.

Anschließend bis 23,00 Nachtmusik, Leitung:

Choldt.

23,00—24,00 Tanzmusik der Kapelle Harry Head.